

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer: 28 241.
Preis für Adressänderung: 20 O.T.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 28. Februar 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark.
Polstbezugpreis für Monat Februar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 60 mm breite Zeile 60 Pf., außerhalb 70 Pf., Überschriften 10 Pf., ausw. Aufräge gegen Bezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marktweg 38/42.
Truck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Polstschick-Amt 1088 Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekante vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Chamberlains Rücktritt gefordert.

Der liberale Pressefeldzug gegen den englischen Außenminister.

Neue Winzerunruhen in Graach. — Mahregelung des Wojewoden von Kattowitz. — Briand über Locarno.

Chamberlains ungläubliche Fehler.

London, 26. Febr. Die am Freitag erscheinenden Wochenschriften „Nation“, „Spectator“, „New Statesman“ und „Saturday Review“ sind einmütig in der scharfen Verurteilung der Politik Chamberlains. Wesentlich neu ist in der Stellungnahme der genannten Organe die Bemerkung, daß sich nunmehr der Sturm ausdrücklich gegen die Person und die persönliche Verantwortung Chamberlains richtet. Der „New Statesman“ geht in dieser Hinsicht am weitesten. Er fordert offen den Rücktritt Chamberlains, und schreibt: In den letzten Wochen haben wir Chamberlain mehr Kredit gegeben als er verdiente. Wir haben nicht daran gedacht, daß er irgendeine andere Politik angeht als des Versuches, das Herz von Locarno zu zerbrechen, treiben könnte. Nun aber weiß man, daß er nicht nur die Kandidaturen Brasiliens, Polens und Spaniens unterstützt, sondern daß er sich sogar Briand gegenüber in diesem Sinne verpflichtet hat. Wenn das so ist, dann gibt es für ihn

keinen anderen ehrenvollen Ausweg, als den Rücktritt.

Er hat einen großen, ja einen fast ungläublichen Fehler begangen, der nicht vergeben werden kann. Sichtlich wird nicht viel Schaden entstehen, da Schweden gegen diese Politik Widerstand leisten wird. Es wäre aber beschämend für England, wenn es Schweden überlassen bliebe, den Völkerbund zu retten. Wie kann man jemals Chamberlains Urteil vertrauen? Das gesamte Ergebnis der ganzen Krise muß letzten Endes das englische Ansehen und die englischen Interessen schädigen. Wenn die Gesichtspunkte Chamberlain-Briand triumphieren gegen die klar ausgesprochene öffentliche Meinung Englands, dann würde Großbritannien in Zukunft nur noch eine Null in den Angelegenheiten der Welt darstellen und lediglich ein Anhängsel Frankreichs sein.

Chamberlain hat England, sowie sich selbst ernsthaft discreditiert und Chamberlain muß deshalb gehen. Der „Star“ fordert, daß außer Chamberlain auch der Staatssekretär des Innern und der Erste Lord der Admiralität zurücktreten.

Polens Ratsitz Chamberlains Sturz.

London, 26. Februar. Der „Manchester Guardian“, der mit Befremden Chamberlains Haltung in der Frage der Erweiterung des Völkerbundes kommentiert, spricht heute

offen von einem bevorstehenden Sturz des Außenministers, wenn er unter dem Einfluß Briands auf der Ratstagung Polens Zulassung zum Völkerbundsstat zugehen würde. Das Blatt hofft, daß in letzter Stunde das Kabinett, das am nächsten Mittwoch die Entscheidung über Chamberlains Richtlinien für Genf fällen wird, den von Locarno so verdienten Außenminister retten wird. Diese Richtlinien müßten so scharf gefaßt sein, daß der Minister nicht umfallen könnte.

„Ein internationaler Skandal!“

London, 26. Febr. In einer Rede erklärte Lord Parmoor, der Vorsitzende, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gleichzeitig ein Anlaß dafür sein solle, die allgemeine Frage der Verfassung des Völkerbundes aufzuwerfen, sei wie ein Alii aus besserem Himmel für die gekommen, die den Völkerbund als einen Mittelpunkt und ein Symbol des internationalen Friedens und der Freundschaft ansehen. Er könne vollkommen mit der Antwort des Parlements auskommen, in der die britische Regierung aufzufordernd werde, einen starken Widerstand gegen irgendeine derartige Veränderung im gegenwärtigen Zeitpunkt auszuüben. (W. T. N.)

London, 26. Febr. Wie der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zu berichten weiß, hat die Frage im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine neue Wendung genommen. Die Verschwörer gegen Deutschland hätten eine neue Taktik angenommen, nach der Spanien an Stelle Polens ständiges Mitglied des Rates werden solle, während Polen als nichtständiges Mitglied an die Stelle Spaniens rücken würde. „Manchester Guardian“, der in der Bekämpfung der Zulassung anderer Staaten außer Deutschland in den Völkerbundsstat im gegenwärtigen Zeitpunkt an erster Stelle steht, spricht heute in einem Leitartikel von einem internationalen Skandal. Das ganze Manöver hätte schon ein unruhigendes Ende nehmen können, wenn es nicht von neuem von Chamberlain aufgerollt worden wäre. Das Blatt tritt mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß eine Aenderung der Verfassung des Völkerbundes nicht vor September erwogen werden soll. (W. T. N.)

Verlorene Mühe.

Wenn das, was soeben über die Regierungspläne zur Aenderung des Wahlrechts bekannt geworden ist, alles darstellt, was die Reichsregierung zu bieten und durchzusetzen willens ist, dann kann man getrost die ganze Angelegenheit zu den Akten legen. Denn diese Pläne sind Flickverfäße, die nicht nur an allen grundsätzlichen Fragen ängstlich vorübergehen, sondern auch an dem gegenwärtigen verfehlten System kaum so viel ändern, daß sich überhaupt eine Gesetzesvorlage lohnte. Man kann eine Wahlreform nicht nach dem Grundsatz machen, niemandem wehe zu tun. Dazu sind die Gegensätze der Meinungen, wie sie durch die Verschiedenheiten der Weltanschauung und der Staatsauffassung bedingt werden, zu groß. Man kann vollends nicht mit einem Teufelsknecht Medizin auskommen, wenn die Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen parlamentarisch-politischen Systems derart trotz zutage getreten sind, wie bei der letzten entsetzlichen Regierungskrise und den ewigen Nöten der augenblicklichen Minderheitsregierung. Aus der grundsätzlichen Einstellung zum Staate heraus wird man verschiedener Meinung darüber sein können, ob bei der Bekämpfung der Mißstände in unseren Parlamenten mehr einschneidende Verfassungsänderungen, wie die Beseitigung der völligen Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und die Einziehung des Korrektivs einer zweiten Kammer in den Vordergrund zu schieben sind, oder ob man zunächst den Versuch macht, durch eine Aenderung des Wahlrechts an die politischen Notwendigkeiten die Möglichkeiten eines lebensfähigen parlamentarischen Systems erst noch auszuschöpfen. Auf jeden Fall aber wird die Frage einer durchgreifenden Aenderung des Wahlrechts entscheidend für den deutschen Parlamentarismus sein. Und daß auf dem Wege, den die Reichsregierung vorschlägt, an der Unzulänglichkeit des ganzen Systems nichts geändert wird, kann kaum einen Augenblick zweifelhaft sein.

Es mag zunächst dahingestellt bleiben, ob dem Verhältniswahlrecht als solchem die Hauptschuld an unserer parlamentarischen Misere beizumessen ist oder mehr dem fast immer in seinem Gefolge marschierenden System der Parteilisten, das die Parteien zum beherrschenden Faktor unserer Politik macht und das persönliche Vertrauensverhältnis der Wähler zu ihren Abgeordneten ausschaltet. Die schrankenlose Verquickung beider Systeme aber muß unbedingt zu den Zuständen führen, die wir jahrelang schon in unseren Parlamenten erleben. Niemand kann und wird verkennen, daß das Verhältniswahlrecht theoretisch das gerechteste Wahlsystem ist, das sich denken läßt. Mit Ausnahme der ganz kleinen Splitterparteien, die in keinem Wahlkreis ein Mandat zu erringen vermögen, geht keiner Partei eine Stimme verloren. Denn mit peinlicher Gewissenhaftigkeit wird jede Reststimme zunächst in den Wahlkreisverbänden, dann im Reich gesammelt und findet so im Parlament ihre Vertretung. Der Nimbus dieser Wahlrechtsgerechtigkeit aber, ist in dem Maße verschwunden, in dem sich ihre Nachteile in der Begünstigung kleiner und kleiner Parteien und der Verpöterung im Reichstag gezeigt hat. Und heute ringt sich darum mehr und mehr die Ueberzeugung durch, daß das Verhältniswahlrecht den Staatsnotwendigkeiten nicht gerecht wird. Die Arbeitsunfähigkeit unserer Parlamente ist in der Tat nicht zuletzt auf diese theoretische Wahlgerechtigkeit zurückzuführen, die in der Praxis verfehlt hat. Und wenn auch das englische Mehrheitswahlrecht durchaus nicht das Ideal eines Wahlrechts darstellt, wenn es auch mit seinem Prinzip der maßgebenden relativen Mehrheit und der Ausschaltung jeder Stichwahl keineswegs aus deutsche Verhältnisse einfach übertragen werden kann, so hat doch dieses unbedingt großzügige System der rücksichtslosen Preisgabe großer und angestrebter Mehrheiten den einen Vorteil bewiesen, daß es zumeist eine arbeitssfähige Mehrheit schafft, zum mindesten aber, daß sich nur große Parteien in England halten können. Man kann Deutschland und England auch in der Wahlrechtsfrage gewiß nicht über einen Kamm scheren. Auch dürfen wir nicht übersehen, daß sich die politische Willensbildung bei uns im Gegensatz zu England viel mehr nach individuellen, gegeneinander fest abgeschlossenen verschiedenen Gesichtspunkten vollzieht und sich einem Zusammenfließen nach ganz großen Zielgedanken, wie in England, widersetzt. Auf keinen Fall aber kann für uns, bei aller Anerkennung des Gerechtigkeitsprinzips, ein Wahlrecht das beste sein, das diese auseinanderstrebenden Tendenzen unterstützt und auf die Spitze treibt. Die Notwendigkeit haushälterischer Zweckmäßigkeit und erspriehlicher Arbeitsmöglichkeit im Parlament, die im Gegensatz zu einer

Neue Winzerunruhen an der Mosel.

Gefangenenbefreiung in Graach.

Berncastel, 26. Febr. Heute nachmittag sollte ein Polizeianmarsch in Graach einige weitere Händelsführer festnehmen. Die Bevölkerung des Moselortes Graach, die von diesem Vorhaben Kenntnis erhielt, ließ Sturmgeschloß läuten, bewaffnete sich mit Mistgabeln und Senken und rückte an den Vorseingang, um den Polizeibeamten zu entgegenen. Diese mußten, um Blutvergießen zu vermeiden, unverrichteter Dinge zurückgehen. Gegen Abend trat wieder ein Zug von etwa 1000 Mann, der sich aus allen Ecken der näheren Umgebung von Berncastel zusammenlegte, in Berncastel ein, nahm vor dem Gefängnis eine drohende Haltung ein und verlangte die Freigabe der Gefangenen. Der Oberstaatsanwalt, der die Untersuchung an Ort und Stelle leitete, sah sich gezwungen, den Forderungen zu entsprechen, um nicht noch einmal großes Unheil heraufzubeschwören. Als die Gefangenen befreit wurden, sprang einer von ihnen auf ein Auto und hielt eine Rede, die mit den Worten schloß: „Wir sind frei und wollen friedlich nach Hause gehen.“ Am Abend war in Berncastel alles wieder ruhig.

Ein Aufruf des Winzerverbandes.

Berncastel, 26. Febr. Zu den Winzerunruhen in Berncastel wird mitgeteilt, daß heute vormittag bereits 14 Personen verhaftet worden sind. Die Untersuchung geht weiter. Man nimmt an, daß gegen die Schuldigen ein Verfahren wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs eingeleitet wird. Augenblicklich herrscht in Berncastel und Umgegend durch das energische Eingreifen der Polizei Ruhe.

Der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer hatte auf den 7. März nach Trier eine Winzerdemonstration einberufen, diese aber infolge der gestrigen Ausschreitungen sofort aufgeschoben. In

einem Aufrufe sagt er, daß mit Taten, wie den von Berncastel, den gemeinsamen Interessen nicht gedient sei. Die Zerschlagung eines Finanzamtes, der Aktien und der Schreibmaschinen sei kein wirksames Werbemittel. Wir wollen, so heißt es in diesem Aufrufe, unsere gerechten Ziele nicht durch Gewalttaten und Zerschörungen, sondern durch geistliche Mittel erreichen. So groß unsere Not auch ist, es gibt andere Wege, dies öffentlich zu dokumentieren. Die Winzer hätten sich bisher der tatkräftigen und wertvollen Unterstützung durch die örtlichen Regierungsstellen erweist, die die Not aus eigener Anschauung kennen und die im Rahmen des Möglichen sie zu beseitigen versucht hätten. Das werde nicht mehr möglich oder nur noch schwerlich möglich sein, wenn Ereignisse wie die in Berncastel vorkämen. Die Tat in Berncastel möge andersseits den maßgebenden Stellen ein Zeichen dafür sein, wie maßlos die Erbitterung gelitten sei, und dafür, daß diese schreckliche Winzernot nicht mit Neben behoben werden könne. Die Winzer verlangten nach wie vor ihr Recht und ihre Lebensmöglichkeit.

Zu den Winzerausschreitungen berichtet die „Städtische Volkszeitung“ noch folgende Einzelheiten: Ein Rundgang durch die von der erregten Volksmenge heimgeleiteten drei Gebäude, Finanzamt, Finanzkasse und Zollamt, läßt erkennen, mit welcher blinden Wut die Demonstranten vorgegangen sind. Die innere Einrichtung ist entweder durch die Äußerer auf die Straße geworfen, oder in den Räumen völlig zerstört worden. Die Aktien sind restlos verbrannt oder zertrümmert, so daß sie vollständig unbrauchbar sind. Raun eine einzelne Fensterhebe der Gebäudefront ist erhalten geblieben. Es werden Wochen vergehen, bis in den Amtsräumen wieder die geregelte Tätigkeit aufgenommen werden kann. Letzte Ursache der Ausschreitungen ist die katastrophale Winzernot. Wohlmeinende Kenner der schweren Lage der Moselwinzer haben seit Wochen auf die ganz bedrohliche Wirtschaftslage mit allem Nachdruck hingewiesen und haben den Ausdruck der Erregung vorausgesehen. Trotz aller Vorstellungen ist die Lage jedoch leider nicht gebührend gewirkt worden. Glücklicherweise wurden die in der Finanzkasse aufbewahrten wertvollen Aufwertungsaktien nicht verbrannt, sondern nur auf die Straße geworfen.

228
Januar
Febr.
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026